



Newsletter *Arbeit, Wirtschaft und Häfen*, Ausgabe 2, 17.07.2009

Zukunftsherausforderung „Lebensbegleitendes Lernen“

Datenschutz zur Chefsache machen

Liebe Leserinnen und Leser unseres Newsletters Arbeit, Wirtschaft und Häfen,

mit diesem Newsletter möchten wir Sie über Aktuelles aus den Bereichen Arbeit, Wirtschaft und Häfen informieren. Sie erfahren unter anderem, welche parlamentarischen Initiativen wir gerade gestartet haben und welche wir in der Pipeline haben. Wir versorgen Sie mit Hintergrundinformationen und machen Sie auf interessante Links aufmerksam. Die Newsletter-Ausgaben werden auf der Homepage elektronisch archiviert und können dort jederzeit recherchiert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Silvia Schön, Klaus Möhle, Frank Willmann, Andrea Quick und Christine Möglin

PS: Aufgrund abweichender Einstellungen verschiedener E-Mail-Programme kann es gerade bei Umlauten zu Wort-Verstümmelungen kommen. Um dieses Problem zu umgehen, erhalten Sie den Newsletter auch als PDF-Anhang. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns mitteilen, ob diese E-Mail für Sie lesbar ist.

Zukunftsherausforderung „Lebensbegleitendes Lernen“ – Kleine Anfrage beantwortet

„Im Dezember 2008 haben wir eine Kleine Anfrage an den Senat gerichtet, in der wir Grundlagendaten zur Weiterbildungsbeteiligung und –finanzierung in Bremen abgefragt haben. Leider ist in der 17 Seiten langen Antwort des Senats deutlich geworden, dass ein zentrales Instrument zur landesweiten und Institutionen übergreifenden Datenerhebung nicht existiert. So fehlt ein Überblick darüber, wofür das Geld ausgegeben wird und welche Personengruppen (Geschlecht, Alter, Bildungsstand) in welchen Stadtteilen an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Diese Daten sind aber notwendig, um die Weiterbildung künftig besser zu steuern und mehr Transparenz zu schaffen“, erklärt Silvia Schön.

In einer Welt, deren Wissensgrundlagen sich ständig tiefgreifend wandeln, ist Weiterbildung unverzichtbar. Deshalb hat die EU bereits eine Weiterbildungsquote von 12,5% bis 2010 zum Ziel erklärt. Mit einer gegenwärtigen Quote von 5,8% hat Deutschland erheblichen Nachholbedarf. „Bildung darf nicht mit der Schule, Ausbildung oder Hochschule aufhören“, betont Silvia Schön. „Stattdessen brauchen wir eine *Kultur für Lebensbegleitendes Lernen*. Leider ist gegenwärtig zu beobachten, dass die Gesellschaft immer mehr in so genannte Bildungsprivilegierte und Bildungsbenachteiligte auseinanderfällt. Auch auf dem Arbeitsmarkt ist dieser Trend erkennbar: Einerseits erfordert er eine hohe Bereitschaft von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Arbeitslosen zur Weiterbildung, um individuelle Chancen zu erhalten bzw. auszubauen. Andererseits zeichnet sich auch hier deutlich ab, dass ArbeitnehmerInnen in höheren Positionen häufiger von ihren Unternehmen weitergebildet werden als ArbeitnehmerInnen in einfachen Positionen.“

Bildung und Weiterbildung sind eine wesentliche Säule für den sozialen Zusammenhalt in der Stadt und in den Stadtteilen. Deshalb verbessert Weiterbildung nicht nur individuelle Chancen, sondern ist auch ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit. Einen besonderen Fokus wollen wir daher auf Menschen legen, die sich bisher nur sehr unzureichend an Weiterbildung beteiligt haben. Der Zugang zu Bildung im Lebensverlauf muss unabhängig vom sozialen Status und aktuellem Bildungsstatus möglich sein.

Die Kleine Anfrage mit Antwort finden Sie unter: http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/292/292208.kleine_anfrage_lebensbegleitendes_lernen.pdf

Datenschutz zur Chefsache machen – Kleine Anfrage „Datenschutz in der BAGIS und in der ARGE-Jobcenter Bremerhaven“ eingereicht

„Wer auf Hilfe vom Staat angewiesen ist, darf nicht gleichzeitig gezwungen sein, seine Persönlichkeitsrechte aufzugeben“, erklärt Silvia Schön nach Berichten der Datenschutzbeauftragten über Verstöße gegen das Datenschutzrecht in der BAGIS (Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales).

Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung stellt das Persönlichkeitsrecht der Betroffenen beim Umgang mit personenbezogenen Daten unter einen besonderen Schutz. In einer Gesellschaft, in der personenbezogene Angaben unbegrenzt speicherbar, in Sekundenschnelle abrufbar sind und mit anderen Datensammlungen zu einem Persönlichkeitsbild zusammengefügt werden können, ohne dass der Betroffene dessen Richtigkeit und Verwendung ausreichend

kontrollieren kann, zählt die informationelle Selbstbestimmung zu den Grundvoraussetzungen einer freien Entfaltung der Persönlichkeit. Behörden dürfen nur die Daten erheben, die zur Aufgabenerfüllung unbedingt erforderlich sind. Es muss sichergestellt sein, dass unbefugte Dritte, wie z. B. weitere Personen oder Institutionen, keinen Zugang zu diesen Daten haben. Inwieweit die BAGIS das Datenschutzrecht einzelner KundInnen verletzt hat und welche Konsequenzen der Senat aus den Verstößen gegen den Sozialdatenschutz zieht, soll eine Kleine Anfrage klären, die wir in die Bürgerschaft eingebracht haben.

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin
silvia.schoen@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-231)



Klaus Möhle, wirtschaftspolitischer Sprecher
klaus.moehle@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-248)



Frank Willmann, hafenpolitischer Sprecher
frank.willmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-210)



Andrea Quick, Referentin für Arbeit, Frauen und Gesundheit
andrea.quick@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-252)



Christine Möglin, Referentin für Wirtschaft, Finanzen, Häfen und Europa
christine.moeglin@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-247)

Sie möchten diesen Newsletter-Service nicht länger nutzen oder Ihre persönlichen Einstellungen ändern? Dann klicken Sie bitte hier:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/arbeit-wirtschaft-haefen>

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.